

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle bei täglich erscheinender Zeitung
bei Postamt Nr. 10, 1. Postk. Nr. 10, Dresden
Kont. Nr. 10, 1. Postk. Nr. 10, Dresden
Vertrieb: Dresden, 10 Postk. Nr. 10, Dresden
Vertrieb: Dresden, 10 Postk. Nr. 10, Dresden

Verlag v. Leipzig & Meißner, Dresden, 1. Postk.
Nr. 10, 1. Postk. Nr. 10, Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Hauptverwaltung Dresden und des Stadtschreibers beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlagsstelle bei täglich erscheinender Zeitung
bei Postamt Nr. 10, 1. Postk. Nr. 10, Dresden
Kont. Nr. 10, 1. Postk. Nr. 10, Dresden
Vertrieb: Dresden, 10 Postk. Nr. 10, Dresden
Vertrieb: Dresden, 10 Postk. Nr. 10, Dresden

Der rumänische Haushalt überlastet

Regierung Goga zurückgetreten

Verfassungsaufhebung - Wahlen vertagt - Konzentrationskabinett Miron Cristea

Bukarest, 10. Februar.

Die nationalistische rumänische Regierung Goga hat am Donnerstagabend ihren Rücktritt erklärt. Die Zeitungen bringen in Sonderausgaben die amtliche Bestätigung für den Rücktritt, den der König angenommen hat. „Univerfal“ erklärt, daß inner- und außenpolitische Beweggründe Goga zum Rücktritt veranlaßt hätten.

Der Rücktritt der Regierung Goga hat außen-, inner- und wirtschaftspolitische Gründe. Durch das neue Regierungsprogramm ist der Haushalt fast belastet. Eine Ueberbürdung mit Hilfe der Nationalbank erwies sich als unmöglich. Die demokratischen Oppositionsparteien suchten den König davon zu überzeugen, daß nur eine Regierung, die alle nationalen Kräfte vereinigt, dem Lande Ruhe bringen könne, da die kommenden Wahlen sonst sehr blutig werden könnten. Der frühere nationalgarantistische Ministerpräsident Mironescu, der sich besonderer Beziehungen zu französischen Politikern und Militärs erfreut, ist vor wenigen Tagen aus Paris zurückgekehrt und berichtete dem König in diesem Sinne.

Alle zurückgetretenen Minister wurden zum König gerufen. Nach einer Audienz beim König teilte Maniu, der

Leiter der nationalgarantistischen Partei, mit, daß der König eine neue Lösung in Erwägung ziehe.

Unter dem Vorsitz des Königs tagte am Donnerstagabend ein Kronrat, an dem alle früheren Ministerpräsidenten und alle Parteiführer außer Cobrescu teilnahmen. Ausschließend betraute der König den Patriarchen Miron Cristea mit der Regierungsbildung. Die Bildung einer Regierung, die alle Kräfte aneinanderbindet, scheint zu gelingen. Wie verlautet, werden dem Kabinett die ehemaligen Ministerpräsidenten als Staatsminister angehören; Goga und Maniu bleiben außerhalb. Die Radikaler werden den Parteien entzogen, die sich zur Verfügung stellen.

Schließlich wird an unterrichteten Kreisen verkündet, daß die Verfassung auf eine noch zu bestimmende Dauer aufgehoben und die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Die Sorgen Frankreichs

In Frankreich haben die parlamentarischen Beratungen wieder begonnen. Das bisher an die Öffentlichkeit gedrungen ist, sind Notrufe gewesen. Notrufe aus dem Lande, das noch immer das drittgrößte der Erde ist und es sich zum Beispiel leisten kann, während man in Deutschland um jeden Dalm, um jeden Hektar Getreide ringt, auf der Gesamtzahl seiner Acker die geringsten Hektarträge Europas anzukommen. Einer dieser Notrufe erdachte am Dienstagmorgen im Senat, P. P. Vernet wie auf den öffentlichen Feind Nr. 1 hin, den Geburtenschwund. Frankreich war einmal das volkreichste Land Europas. Aber das war zu den Zeiten des ersten Napoleon und liegt weit zurück. Vernet äußerte, wenn kein Wandel eintrete, werde Frankreich in fünfzig Jahren nur noch 30 Millionen Einwohner zählen statt der 41 Millionen, die es heute hat. Die Folgen seien unabsehbar. Ähnliche Warnungen findet man in den französischen Zeitungen. Einmal werden dabei die Rezessionsfolgen in den Vordergrund gestellt. Das jährliche Rekrutementkontingent betrug 1920 um 300 000; es fiel bis 1935 auf 200 000 und ging dann infolge des Ausfalls der Geburten in den Kriegsjahren bis auf 200 000 zurück. Nach 1940 wird wieder die Zahl von 200 000 erreicht, doch dann beginnt eine gleichmäßige Abwärtsentwicklung bis auf 200 000 im Jahre 1955. Ein andermal fragen französische Autoren, ob es möglich sein werde, mit sinkender Volkszahl auf die Dauer ein Kolonialreich zu beherrschen, das schon heute 30 Millionen Einwohner zählt. Die zielgründigsten Schriftsteller aber geben die Gesamtbilanz, daß die Aufgaben einer Großmacht auf allen Gebieten über die Kraft von Volk, Wirtschaft und Staat gehen, wenn die Schwächung anhält. Das Bewußtsein des Endes der Nation wird vorausgeschoren. „Was und vor allem fehlt“, rief Senator Vernet aus, „ist das Vertrauen in die Zukunft!“ Nun sind freilich alle Voraussagen, die sich auf längere Zeiträume erstrecken, sehr problematisch. Erinnern wir uns nur daran, daß im vorigen Jahrhundert für Japan die völlige Verödung vorausgesagt wurde. Und heute treibt der Druck der wachsenden Zahl die japanischen Kaufleute bis tief hinunter in die Südpole und die japanischen Armeen hinüber auf chinesische Festland. Erinnern wir uns auch unserer eigenen Tropenbesitzungen aber das deutsche Volk. Vor 1933 sank unsere Geburtenziffer ja unter die Frankreichs, und in früheren Jahren malten die Bevölkerungsstatistiker ein unabwendbares Schicksal. Aber infolge der nationalen Erhebung ist der Wille zum Ende wieder erwacht, und wir sind auf dem Wege, wieder eine genügende Nachwuchsrate zu erreichen. Im Leben der Völker spielen viele Umstände eine Rolle. Deshalb soll nicht auch in Frankreich einmal die Entwicklung eine ganz andere Richtung einschlagen, so daß die jetzt absteigende Kurve wieder nach oben führt? Allerdings tut man in Frankreich vorläufig noch so gut wie nichts, eine solche Wendung zu verhindern. An Ehestandsdarlehen, wie wir sie einführen, mag niemand zu denken, ja, im neuen Staatshaushalt wurden sogar erhebliche Kürzungen an wichtigen bevölkerungspolitischen Positionen vorgenommen: Die Weisungen für werdende Mütter wurden von 80 auf 20 Millionen herabgesetzt, und die Beihilfen für stillende Mütter wurden gar von 57 auf 20 Millionen Franken gekürzt. Das ist ein Zeichen dafür, wie wenig vollständig bei unserem weltlichen Nachbarn zur Zeit noch positive Maßnahmen sind. Der Kreis, der auf das deutsche und italienische Beispiel hinweist, findet kein Echo, das dem Ernst der Lage entspreche, und sein praktischer Einfluß bleibt vorläufig gering.

So wenig Frankreich auf diesem Gebiete tut, so sehr krennt es sich auf einem anderen an. Offenbar muß Frankreich sich schamlos fühlen über Befürchten, ins Hintertreffen zu geraten. Trotz allem, was Frankreich bisher schon getan hat, trotz Geldentwertung und dauernden Preissteigerungen, hat Kriegsmilitärminister Daladier am Mittwoch dem Kammerauschuß ein Abkürzungsprogramm vorgelegt, das weitere Milliarden neuer Kredite erfordert. Größte Gegenfrage tun sich auf: Während der gesamte Staatshaushalt 1937 nur 1,468 Milliarden für sämtliche Ressorts des Gesundheits-

Indienreise des englischen Königs verschoben

„Bis sich die Weltlage beruhigt“ - Neue Spannungen zwischen England und Indien

London, 10. Februar.

Der englische König hat seine Reise nach Indien, bei welcher Gelegenheit die feierliche Krönung zum König von Indien erfolgen sollte, verschoben. In einer offiziellen Bekanntmachung des Indienministeriums heißt es, daß der König zu dem Entschluß gekommen sei, zu warten, bis sich die allgemeine Weltlage mehr beruhigt habe und die finanziellen Aussichten in Indien geregelter erschienen. Der König habe bei dieser Gelegenheit aber gleichzeitig seinem Wunsch Ausdruck gegeben, sobald es die Umstände erlaubten, Indien zu besuchen.

Ein weiterer Grund, der den Entschluß des englischen Königs bekräftigte, dürfte die im Frühjahr 1937 in London

beratene und vor kurzem von Indien selbst konfirmierte indische Bundesverfassung und die dadurch erneut hervorgerufenen Spannungen England-Indien sein.

Nord- und Südirland bleiben getrennt

London, 10. Februar.

Das endgültige Ergebnis der Verhandlungen vom Mittwoch für das nordirische Parlament liegt noch nicht vor. Wohl aber steht bereits fest, daß die Regierung Lord Craigavon die Mehrheit errungen hat. Der Wahlkampf in Nordirland wurde von den Regierungsparteien bekanntlich unter der Parole einer Aufrechterhaltung der Trennung von Nord- und Südirland geführt.

Geheimabkommen London-Washington?

Italiens Amerikabotschafter bei Hull - Rom befürchtet Verteidigungsabkommen England-USA

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Februar.

Nach Meldungen aus Rom hätte der italienische Botschafter in Washington, Cuvich, am Mittwoch eine Unterredung mit dem Staatssekretär Hull, die mit der Dreimächtennote von USA, Großbritannien, Frankreich über Rüstungsfragen in Tokio im Zusammenhang stehen soll. Nach einem Cuvich-Kussab im „Giornale d'Italia“ scheint man in Italien davon überzeugt zu sein, daß ein Geheim- bzw. Verteidigungsabkommen zwischen USA und England trotz des kürzlich abgegebenen Demenst-Hulls abgeschlossen werden soll. Italien, das sich mit der Ablegung von zwei 8000-Tonnen-Panzerkreuzern an das letzte Londoner Flottenabkommen Kritik gehalten hat, kann so schreibt die italienische Presse, nicht unartig der Möglichkeit neuer und noch größerer Schiffbauten zusehen, die sich wohl ergeben würden, wenn die Antwort Japans unbedingte für Washington und London bliebe. (Am Donnerstag hatte der Vizechef der japanischen Marine, Admiral Noda, nochmals die Weigerung Japans erklärt, die Dreimächtennote zu beantworten.) Es entstehen nun auch für Italien erste Fragen, denn zwischen England und USA sei unbedingt eine Vereinbarung im Gange, vielleicht zum Abschluß einer Art Verteidigungsabkommen, das den Engländern den Schutz des Atlantik und den Amerikanern die Sicherung des Pazifik vorbehalte. Cuvich schließt seinen Artikel mit den Worten: „Diese Aufstellung ist schon der Ausdruck eines wirklichen Bündnisses.“

Englands Aufrüstung verbietet Steuererhöhung

London, 10. Februar.

Im Unterhaus brachte am Mittwoch der konservative Abgeordnete K. A. L. eine Entschließung ein, in der die Regierung aufgefordert wird, alles daran zu setzen, um die auf dem englischen Bürger lastenden Steuern zu verringern. Der Redner erklärte, die Steuerlasten des englischen Bürgers seien deutzutage fünfmal größer als in der

Vorkriegszeit, und die Gemeindesteuern seien im Vergleich zur Vorkriegszeit auf das Dreifache gestiegen.

Im Namen der Regierung antwortete der Finanzsekretär im Schatzamt, Colonel Colville. Er gab zunächst an, daß die Steuern in den letzten Jahren ungeschwächt gestiegen seien. Er erklärte weiter, die Regierung sei sich der Gefahr großer Steuerlasten bewußt und tenne den allgemeinen Wunsch, an den Rücklagen zu sparen, sobald dies nur möglich sei. Eine Abstützung könne aber nicht einseitig auf englischer Seite geschehen. Die britische Regierung beabsichtige, die Rüstungsverminderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu verwirklichen. Der Antrag Colvilles wurde dann abgelehnt.

Ausprache Grandi-Eden

London, 10. Februar.

Außenminister Eden hatte am Donnerstag wiederum eine längere Aussprache mit dem italienischen Botschafter Graf Grandi über Probleme der Rüstungsmischungsprobleme. In gutunterrichteten Londoner Kreisen glaubt man, daß diese Unterredung einen gewissen Fortschritt in der Ueberwindung noch vorhandener Schwierigkeiten gebracht hat. In italienischen Kreisen Londons wird betont, die Unterredung sei sehr freundschaftlich gewesen. Sie habe über eine Stunde gedauert. Man habe das gesamte Gebiet englisch-italienischer Beziehungen besprochen einschließlich der Rüstungsmischungsprobleme. Die italienischen Kreise zeigen sich zufrieden mit dieser Unterredung, und zwar in dem Sinne, daß, wenn es sich auch nicht um tatsächliche Verhandlungen gehandelt habe, der Weg doch für einen weiteren Meinungsaustrausch freigelegt sei.

Geburtsstillschüsse des Führers an den König von Kopten. Der Führer und Reichskanzler hat dem König von Kopten zum Geburtstag dröhtlich seine Glückwünsche übermittelt.

Heute: **D. N.** Kraftfahrer
Seite 8

Financial tables on the left margin including 'Kurs', 'Währungen', 'Börsen', 'Kolonialwerte', 'Aktionen', 'Kolonialwerte', 'Aktionen', 'Kolonialwerte', 'Aktionen'.